

Angriffskrieg gegen die Ukraine

Wohnungen für Kriegsflüchtlinge in Deutschland

Die Immobilienwirtschaft rechnet mit bis zu 1,29 Millionen Flüchtenden und 500.000 zusätzlichen Wohnungen, die für ihre Unterbringung benötigt werden.

Die deutsche Immobilienwirtschaft rechnet im Zuge des russischen Angriffs auf die Ukraine mit bis zu 1,29 Millionen Flüchtenden und einem kurzfristigen Bedarf an 500.000 zusätzlichen Wohnungen. Dies ist das Ergebnis einer Analyse des Forschungsinstituts empirica im Auftrag des Zentralen Immobilien Ausschusses ZIA, Spitzenverband der Immobilienwirtschaft. Ausgehend von drei Szenarien belief sich die Zahl der Flüchtenden demnach auf mindestens 310.000, was 120.000 zusätzlich benötigten Wohnungen entsprechen. Im mittleren Szenario müsse sich Deutschland auf etwa 810.000 Flüchtende und einen Bedarf an 310.000 Wohnungen einstellen. Knapp die Hälfte der Wohnungsnachfrage müsse durch Neubau gedeckt werden.

Wohnungswirtschaft hat Hilfe sofort anlaufen lassen

In der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft ist die Hilfe für Menschen angefallen, die vor Putins Eroberungskrieg nach Deutschland flüchten. Wohnungsleerstand bekommt eine ganz neue Bedeutung. Rainer Seifert, Verbandsdirektor des vdw Sachsen, meldet, dass kommunale Wohnungsunternehmen in einem ersten Schritt 560 Wohnungen für Kriegsflüchtlinge zur Verfügung stellen. In einer Ad-hoc-Umfrage des vdw Sachsen hätten 81 Prozent der Mitgliedsunternehmen erklärt, „dass ihr Unternehmen in der Lage ist, Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine zu helfen“, so Verbandsdirektor Rainer Seifert.

Im allerersten Schritt seien dem Verband 561 freie Wohneinheiten gemeldet worden – Tendenz steigend. Die Wohnungen deckten unterschiedliche Wohnraumgrößen ab, ein kleinerer Teil sei auch bereits möbliert. „So können die Unternehmen flexibel auf den Bedarf reagieren.“ Die Hilfsangebote der Wohnungsunternehmen gingen über die Bereitstellung von Wohnraum hinaus. „Viele Wohnungsgesellschaften sind bereit, auch Sozial- und Quartiersmanager zur Verfügung zu stellen, um den Familien in der Anfangszeit bei Fragen des



In seinem Vernichtungskrieg lässt Putin gnadenlos Wohnquartiere wie hier in Kiew bombardieren.

täglichen Lebens unterstützend zur Seite zu stehen“, so Rainer Seifert. „Auch bei der Bereitstellung von Hausrat, Möbeln oder Kleidung unterstützen die Unternehmen in enger Abstimmung mit Institutionen und Vereinen vor Ort.“

Erste Wohnungsunternehmen schnell aktiv

Zu den Wohnungsunternehmen, die sofort erste Hilfsmaßnahmen eingeleitet und koordiniert hätten, zählt die Wohnbaugesellschaft Zittau mbH (WBG Zittau). „Als uns am 24. Februar die ersten Nachrichten vom Krieg in der Ukraine erreicht haben, war mir sofort klar, dass es sehr schnell große Flüchtlingsströme geben wird“, sagt WBG-Geschäftsführerin Uta-Sylke Standke.

„Wir haben gemeinsam mit der Stadt und vielen Partnern vor Ort sofort reagiert. Ob Feuerwehr, DRK, Drogerien oder Baumärkte – die Unterstützung ist riesig.“ Die WBG Zittau setzte alle Hebel in Bewegung, um schnell Übernachtungsmöglichkeiten bereitzustellen. „Die ersten geflüchteten Familien, die in Zittau angekommen sind, konnten in Ferienwohnungen und anderen Wohnungen untergebracht werden. Jetzt arbeiten wir daran, ein ehemaliges Studentenwohnheim und weitere Wohnungen schnell nutzbar zu machen.“

Auch kleinere Unternehmen sind aktiv: Zum Beispiel hat die WIS Wohnbaugesellschaft im Spreewald gemeinsam mit dem AWO Regionalverband Brandenburg Süd einen Spendenaufruf gestartet, um betroffene Menschen in und aus den Kriegsge-

bieten der Ukraine zu unterstützen. „Wir werden die Spenden selbst an die ukrainische Grenze fahren“, so Wolfgang Luplow, Geschäftsführer des AWO Regionalverbandes. „Wenn jeder auch nur einen kleinen Beitrag leistet, können wir gemeinsam viele Menschen unterstützen“, ermutigt auch WIS-Chef Michael Jakobs.

VIVAWEST stellt 350 Wohnungen und organisiert Hilfstransport

VIVAWEST hat am 9. März 350 freie Wohnungen an die digitale Plattform der NRW-Landesregierung zur Bereitstellung von Wohnungen für ukrainische Flüchtlinge gemeldet. NRW-Bauministerin Ina Scharrenbach (CDU) hatte wenige Tage zuvor die Einrichtung einer zentralen digitalen Wohnraumkarte bekanntgegeben, auf der Wohnungsunternehmen freie Wohnungen für Kriegsflüchtlinge melden können. Scharrenbach rief alle 480 Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften in NRW auf, ihren Leerstand anzugeben. Darüber hinaus hat das Gelsenkirchener Wohnungsunternehmen VIVAWEST nach eigenen Angaben aus eigenen Mitteln einen Transport mit Hilfsgütern für die Menschen im polnisch-ukrainischen Grenzgebiet zusammengestellt. Nach nur wenigen Tagen der Planung habe sich am 9. März von Gelsenkirchen aus ein Hilfskonvoi in Richtung Lublin in Polen auf den Weg gemacht. Die vier Transporter des Vivawest Dienstleistungsunternehmens RHZ seien mit den Gütern beladen, die vor Ort derzeit besonders dringend benötigt werden: Windeln, Babynahrung, Hygiene-

Krieg und Sanktionen

Auf den Baustellen könnten bald Stahl und Bitumen fehlen

Die Verbände der deutschen Bauwirtschaft warnen vor massiven Materialengpässen in Folge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und die Wirtschaftssanktionen fast der gesamten Weltgemeinschaft.

Tim-Oliver Müller, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie: „Die Materialpreise steigen täglich, teilweise im Stundentakt. Allerdings sind die Preissteigerungen bisher noch kein Anzeichen von Materialknappheit, sondern eher von Angst vor drohenden Lieferausfällen. Inwiefern und wann es zu Materialengpässen kommen wird, lässt sich aktuell noch nicht beurteilen. Die Gefahr ist aber sehr real.“ Bereits jetzt garantieren einzelne Baustofflieferanten keine Preise mehr, teilweise nähmen Lieferanten sogar keine Anfragen mehr entgegen. In laufenden Verträgen sei es für die Unternehmen kaum möglich, diese Preissteigerungen weiterzureichen, was zu einem großen wirtschaftlichen Risiko führen könne. Für neue Projekte könne es sogar dazu führen, dass die Unternehmen keine Angebote mehr abgeben könnten. Erste Anzeichen seien auf kommunaler Ebene zu beobachten, so Tim-Oliver Müller.

Kaum noch Angebote für Baustahl, Bleche und Rohre

Der Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes, Felix Pakleppa, beschreibt die Abhängigkeit von Rohstoff- und Halbzeugimporten aus den am Krieg beteiligten Ländern. Rund 30 Prozent des Baustahls kommen demnach aus Russland, der Ukraine und Weißrussland. Hinzu käme der hohe Anteil von Roheisen (40 % aus diesen Ländern) und diverser weiterer Rohstoffe, die für die Stahllegierung notwendig sind (Nickel 25 % und Titan 75 %). „Unsere Mitgliedsunternehmen erhalten aktuell nur noch wenige Angebote für Stahlmatten, Träger, Stabstahl und Bleche. Auch Rohre und Aluminiumprodukte sind betroffen,“ erläuterte Pakleppa. Bereits seit Anfang März sei ein signifikanter Anstieg der Preise bei dem vor allem im Straßenbau notwendigen Bitumen sowie bei Stahl erkennbar. Durch die Abhängigkeit zentraler Raffinerien von Erdöl-Lieferungen aus Russland drohe ein Ausfall von bis zu einem Drittel der hiesigen Bitumenversorgung, mit entsprechenden Auswirkungen auf den deutschen Straßenbau. (Red.)



ANZEIGE

Mit unseren digitalen Lösungen erfüllen Sie alle Pflichten der neuen Heizkostenverordnung.

KALO
einfach persönlicher.



Erfahren Sie mehr unter: **hkvo.kalo.de**

artikel und haltbare Lebensmittel. Acht Mitarbeiter aus unterschiedlichen Bereichen des Unternehmens mit entsprechenden Sprachkenntnissen hätten sich freiwillig gemeldet, um den Transport durchzuführen. Vor Ort sollen die Hilfsgüter dem Deutschen Roten Kreuz übergeben werden, das die Verteilung im Grenzgebiet übernehmen wird.

Niedersächsische Wohnungsunternehmen melden 500 freie Wohnungen

Zur Unterbringung von geflüchteten Menschen aus der Ukraine hat der niedersächsische Bauminister Olaf Lies gemeinsam mit dem Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Niedersachsen (vdw) einen Runden Tisch einberufen. Daran haben neben den Kommunen die Vertreter der Wohnungswirtschaft, der Grundeigentümer und der Mieter, die Wohlfahrtsverbände und der Flüchtlingsrat teilgenommen. „Wir alle sind beeindruckt von der großen Hilfsbereitschaft, die es bei den Bürgerinnen und Bürgern in Niedersachsen gibt. Hier werden täglich großartige Zeichen der Solidarität gegeben“, sagte Lies. Es komme jetzt darauf an, diese Hilfsbereitschaft zu unterstützen und zu koordinieren.

Der Runde Tisch wendet sich mit einem Appell an die Wohnungswirtschaft, Unterkünfte und Wohnungen zur Verfügung zu stellen. „Auch jede private Hilfe ist jetzt hochwillkommen“, so Olaf Lies. Um die Unterstützung koordinieren zu können, sollen alle Hilfsangebote an die örtlich zuständigen Kommunen gegeben werden, appellierte insbesondere Kai Weber, der Geschäftsführer des Flüchtlingsrates Niedersachsen. Auf diese Weise werde es auch möglich sein, weitere Unterstützungsmöglichkeiten einzuleiten.

Vdw-Verbandsdirektorin Dr. Susanne Schmitt hob hervor, dass auch die sozialorientierten Wohnungsgenossenschaften und -gesellschaften im Land die Geflüchteten unterstützen werden. In einer ad-hoc-Umfrage unter den vdw-Mitgliedern hätten die Unternehmen angekündigt, kurzfristig rund 500 Wohnungen für die Unterbringung der Menschen aus der Ukraine zur Verfügung stellen zu können.

„Anders als 2015/2016 kommen derzeit überwiegend Frauen und Kinder zu uns, wir möchten vermeiden, diese in Sammelunterkünfte unterbringen zu müssen“, erklärte der Hauptgeschäftsführer des Niedersächsischen Landkreistages, Hubert Meyer. „Daher fragen unsere Städte, Gemeinden und Landkreise seit Beginn des Krieges fortlaufend Kapazitäten der Wohnungswirt-

schaft und auch bei Privaten ab.“, ergänzte Dr. Jan Arning, Hauptgeschäftsführer des Niedersächsischen Städtetages.

B&L Gruppe stellt kostenlos Hotelzimmer in Dresden bereit

Der Hamburger Projektentwickler und Asset Manager B&L Gruppe bietet nach eigenen Angaben in Kooperation mit der Landeshauptstadt Dresden Gästezimmer im Hotel „Elbflorenz“ zur Unterbringung kriegsflüchtender Menschen aus der Ukraine. B&L ist mit seiner Sparte Clipper Hospitality unter anderem der Betreiber des Vier-Sterne Hotels, das im World Trade Center Dresden beheimatet ist. Seit dem 7. März werde ein Kontingent von 93 Plätzen zur Verfügung gestellt, in den folgenden Tagen solle es bis auf 280 Plätze aufgestockt werden. Das Angebot richte sich speziell an ukrainische Familien mit Kindern, die vom Sozialamt der Stadt Dresden betreut und bei Bedarf bei der weiteren Alltagsorganisation unterstützt werden, beispielsweise bei der Schul- und Kitaunterbringung oder medizinischer Versorgung.

„Es ist Zeit für schnelle und unbürokratische humanitäre Hilfe. Wir wollen den kriegsflüchtenden Menschen – vor allem Frauen und Kindern – einen schützenden Raum mit Privatsphäre und Verpflegung anbieten. Das Heim können wir nicht ersetzen, aber für ein Zuhause auf Zeit zu sorgen, ist unser kurzfristiger Beitrag, den wir in dieser grausamen Situation leisten können“, erklärt Nathalie Büll-Testorp, CEO von Clipper Boardinghouses. (Red.)

Wohnungswirtschaft und Kommunen wollen Flüchtlingsgipfel

Unmittelbar nach Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine hatte die Wohnungswirtschaft in einer bisher einmaligen Aktion gemeinsam mit dem Städte- und Gemeindebund, Bundesländern und Kommunen zur Unterstützung von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine aufgerufen. Der Zentrale Immobilien Ausschuss ZIA, Spitzenverband der Immobilienwirtschaft, hatte in einem Schreiben an Bundeskanzler Olaf Scholz kurzfristig einen Flüchtlingsgipfel angeregt. Unterdessen hat die Landesregierung Nordrhein-Westfalen bereits konkrete Schritte unternommen. Nach einem kurzfristig einberufenen Treffen mit kommunalen Spitzenvertretern sagte Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU), da davon auszugehen sei, dass viele der Geflüchteten womöglich länger als ein halbes Jahr nicht nach Hause zurückkehren können, hätten das Land und die kommunalen Ver-

bände beschlossen, dass jeder ankommende Flüchtling sich direkt registrieren lassen soll. Dadurch könnten Hilfeleistungen wie Schul- und Kitaplätze und die Wohnungsvergabe besser organisiert werden.

NRW stellt Wohnraumkarte für Unternehmen online

Um für alle anderen schnell Unterkünfte zu finden, habe sie 480 Wohnungsbau-gesellschaften und -genossenschaften in NRW aufgefordert, ihren Leerstand anzugeben, sagte NRW-Bauministerin Ina Scharrenbach (CDU). Auf einer digitalen „Wohnraumkarte“ können freie Wohnungen eingetragen werden. Wohnungsunternehmen haben seit Anfang März Zugriff auf die Karte. Für Städte und Gemeinden ging das digitale Verzeichnis am 9. März online.

Für einen Gipfel auf Bundesebene hat sich der Städte- und Gemeindebund starkgemacht. „In einem ersten Schritt ist es jetzt Aufgabe von Bund und Ländern, gemeinsam mit den Kommunen die Vorbereitungen für die Aufnahme und Versorgung der Geflüchteten zu treffen“, sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg in einem Bericht des Handelsblatts. Ein Gipfel unter Einbeziehung weiterer Akteure sollte zeitnah erfolgen.

LEG schafft Koordinierungsstelle in den Standort-Kommunen

Anfang März hat die LEG Immobilien SE eine Koordinierungsstelle für die Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine eingerichtet. Der Konzern hat in vielen Städten und Gemeinden in NRW Wohnungsbestände. Zusätzlich habe die LEG-Stiftung „Dein Zuhause hilft“ einen Nothilfefonds in Höhe von vorerst 500.000 Euro aufgelegt, um die Ersteinrichtung der Wohnungen zu finanzieren. Dort, wo die LEG und die LEG-Stiftungen nicht direkt helfen können, werde die LEG den Austausch mit Partnern im karitativen Bereich und mit Verbänden und Vereinen suchen, mit denen das Unternehmen auch bei anderen Gelegenheiten zusammenarbeitet. „Perspektivisch möchten wir, wo sinnvoll und möglich, auch Ausbildungs- und Arbeitsplätze anbieten für die Menschen, die nun aus der Ukraine zu uns kommen“, heißt es in einer Presseeerklärung des nordrhein-westfälischen Wohnungskonzerns. „Wir stehen solidarisch an der Seite unsere Mieterinnen und Mieter mit ukrainischen Wurzeln, denken aber auch an die russischen Familien, die von diesem Krieg Putins betroffen sind“, sagt der Vorstandsvorsitzende Lars von Lackum. (Red.)